



Der nachfolgende Artikel von Maria Heubuch erschien im November 2014 in der Publikation „Class of 2014 – New Green Voices in the European Parliament“ herausgegeben von der Green European Foundation, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Fraktion GRÜNE/EFA im Europäischen Parlament.

Aus dem Allgäu nach Europa

Meine Heimat ist ein Milchviehhof im Allgäu, eine vor allem durch Landwirtschaft und Tourismus geprägten Region im Süden Deutschlands. Ich bin Mitglied im Landesverband Bündnis 90/die Grünen Baden-Württemberg, einem Bundesland, in dem die GRÜNEN derzeit den Ministerpräsidenten stellen. Seit über 30 Jahren setze ich mich für eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft im Sinne sozial- und umweltverträglicher Wirtschaftsweisen und Betriebsformen in Deutschland, in Europa und weltweit ein, die ersten Jahre regional, die letzten 15 Jahre als Bundesvorsitzende der "Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft".

Baden-Württemberg ist auch eines der industriellen Zentren Deutschlands, in dem zwei große Automobilkonzerne sowie zahlreiche Maschinenbauunternehmen ihren Sitz haben. Baden-Württemberg ist aber auch sehr durch den ländlichen Raum geprägt, ein Drittel der 10 Millionen Einwohner Baden-Württembergs leben im ländlichen Raum.

Eine der großen Herausforderungen für die Wahlkampagne der baden-württembergischen GRÜNEN zur Europawahl waren sicher die zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen. Die GRÜNEN in Baden-Württemberg sind traditionell stark auf kommunaler Ebene verankert. Dies zeigt auch das Wahlergebnis der Kommunalwahlen: Die Grünen und grünnahen Listen in Baden-Württemberg haben über 1.660 Mandate in den Gemeinderäten und Kreistagen gewonnen; bisher waren es knapp 1.400. Damit haben die GRÜNEN insgesamt 19,1% an Sitzen hinzugewonnen. Sowohl Konservative als auch Sozialdemokraten und Liberale hatten teilweise empfindliche Stimmenverluste hinnehmen müssen. Im Schnitt lag der Stimmenanteil der GRÜNEN bei den Kreistagswahlen in Baden-Württemberg bei über 12%. In vielen Gemeinden lagen die Stimmenanteile der Grünen und grünen-nahen Listen bei über 20%, in vier Gemeinden, die eher dem ländlichen Raum zugeordnet werden, lagen sie sogar bei über 30%. Die meisten Stimmenzuwächse für die GRÜNEN kamen aus dem ländlichen Raum.

Der Landesverband Baden-Württemberg hatte für die Kommunalwahlen eine Werbelinie mit dem zentralen Claim „hier gestalten“ entwickelt. Die Plakate konzentrierten sich vor allem auf kommunale Themen, wie den Naturschutz, den Nahverkehr oder die Förderung regionaler Produkte.

Es war klar, dass die Europawahlkampagne in Baden-Württemberg nur Erfolg haben konnte, wenn sie an der Kampagne zu den Kommunalwahlen anschließen konnte.

Daher hat der baden-württembergische Landesverband neben die vom Bundesverband gestaltete Kampagne eine auf mich als baden-württembergische Kandidatin zugeschnittene Kampagne mit dem Themenschwerpunkt Agrarpolitik und ländlicher Raum gestellt. Die Kampagne „Bäuerin aus Leidenschaft“ zielte auf das Lebensgefühl im ländlichen Raum ab und thematisierte die europäische Agrarpolitik; es ging um die Freiheit von Gentechnik, den Erhalt kleinerer und mittlerer Betriebe sowie artgerechte Tierhaltung – bei uns, in Europa und weltweit.

Mit Wählerinnen und Wählern diskutierten wir bei zahlreichen Veranstaltungen, die streckenweise auf Bauernhöfen stattfanden, Themen wie „ die Gefahren der Agrogentechnik“ oder „ wie können möglichst viele Höfe erhalten werden, als Grundlage um den gesellschaftlichen Anforderungen im Umgang mit Tieren und Umwelt gerecht zu werden und regionale Produkte zu liefern?“. Auch die Folgen einer fehlgeleiteten, auf die Exportwirtschaft ausgerichteten europäischen Landwirtschaftspolitik auf die übrige Welt wurden dabei genauso thematisiert wie die Hintergründe der anstehenden Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA).

Bei der Europawahl kamen die GRÜNEN in Baden-Württemberg auf 13,2% der Stimmen und lagen damit über dem Bundesdurchschnitt. Sie mussten jedoch – wie überall in Deutschland – einen Verlust von 1,8% der Stimmen hinnehmen. Interessant ist jedoch auch hier, dass die Verluste im ländlichen Raum weitaus geringer ausfielen und damit auch eine Tendenz des Kommunalwahlergebnisses widerspiegeln.

Europa braucht Fingerspitzengefühl

Im Wahlkampf habe ich die Erfahrung gemacht, dass viele Menschen Misstrauen gegenüber europäischer Politik hegen. Dieses Misstrauen ist vielfach diffus. Europa scheint weit entfernt, sehr bürokratisch und undurchsichtig. Durch Gespräche und Nachfragen lassen sich aber Verbindungen zwischen Europa und dem alltäglichen Leben aufzeigen und die Vorteile die diese Europäische Union für uns als Bürgerinnen und Bürger geschaffen hat. Andere sind jedoch mit der Politik der Europäischen Kommission oder der Politik der Mitgliedstaaten im Rat nicht einverstanden. Als GRÜNE sollten wir falsche politische Entscheidungen sachlich kritisieren und klare Alternativen aufzeigen. Politische Entscheidungen auf europäischer Ebene dürfen nicht „alternativlos“ erscheinen. Wenn wir nicht alle hart daran arbeiten, das verloren gegangene Vertrauen in die Europäische Union wiederherzustellen, droht das Misstrauen in eine offene Ablehnung der Europäischen Union als solche umzuschlagen. Als Abgeordnete sehe ich es als eine meiner Aufgaben an, verlorengangenes Vertrauen wieder herzustellen.

Das ist keine leichte Aufgabe. Hierfür bedarf es Bürgernähe durch Zuhören und Aufnehmen der Sorgen und Anliegen. Wir müssen darauf achten, dass die politischen Eigenheiten der Mitgliedstaaten und Regionen in Europa respektiert und dass das in den Europäischen Verträgen garantierte Versprechen der Subsidiarität auch eingelöst wird.

2015 - das Europäische Jahr für Entwicklung: Europa in einer unruhigen Welt

Als Mitglied des Entwicklungsausschusses werde ich mich in den kommenden fünf Jahren um die Entwicklungspolitik und die Katastrophenhilfe der Europäischen Union kümmern. Insgesamt bestreiten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten ca. 50% der weltweiten Ausgaben für die Entwicklungspolitik, 2012 flossen von Seiten der EU und ihrer Mitgliedstaaten mehr als 55 Milliarden Euro in die Entwicklungshilfe. Im September 2015 soll auf einem UN-Gipfel eine Nachfolgevereinbarung für die UN-Entwicklungspolitik getroffen werden. Mit der „Post-2015“-Agenda werden die Staats- und Regierungschefs Ziele und Leitlinien für eine globale Entwicklungspolitik vereinbaren. 2020 läuft das Cotonou-Abkommen aus, ein handels- und entwicklungspolitisches Abkommen mit 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten. In dieser Legislaturperiode werden die Weichen für das Folgeabkommen gestellt. Für die Entwicklungspolitik der EU wird dies eine entscheidende Legislaturperiode sein. Gleichzeitig sind wir derzeit mit einer Fülle von humanitären Krisen ungeahnten Ausmaßes konfrontiert. Angefangen von der Ebola-Krise in Westafrika, über die bewaffneten Konflikte im Nahen Osten, in der zentralafrikanischen Republik und im Süd Sudan.

Ernährungssouveränität sowie Ernährungssicherheit zu schaffen sehe ich als zentrale Aufgabe. Nach wie vor gehören extreme Armut und Hunger für weltweit knapp eine Milliarde Menschen zur täglichen Lebensrealität. Gut 70% der betroffenen Menschen leben auf dem Land, sind Bäuerinnen und Bauern, Landarbeiter oder Landlose. Daran haben auch die ambitionierten UN-Entwicklungsziele nichts geändert. Zwar ist nach Angaben der Welternährungsorganisation der Anteil der Menschen, die unter Unterernährung leiden, von 24% in den Jahren 1992-1994 auf 14% in den Jahren 2011-2013 gesunken. Doch für diese Zahlen wurde lediglich ein Kalorienbedarf von 1800 Kcal zugrunde gelegt – zu wenig für einen arbeitenden Menschen, zu wenig, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Bei diesen Zahlen wird nicht nur das Problem der einseitigen Mangelernährung ausgeklammert. Die Welthungerhilfe schätzt die Anzahl derer, die an Hunger und Mangelernährung leiden auf ca. 2 Milliarden Menschen. Besonders dramatisch ist die Situation in den Sub-Sahara-Staaten. Hier hungert ca. 1/3 der Bevölkerung. Geht man nach absoluten Zahlen, so leben mit 552 Millionen weiterhin die meisten hungernden Menschen in Asien. Und die Lage droht sich weiter zu verschlimmern. Bisher spiegeln die Zahlen nicht die Folgen der jüngsten humanitären Krisen, wie beispielsweise der Ebola-Krise oder den furchtbaren bewaffneten Konflikt in Syrien und im Irak wieder. Durch den weltweiten Klimawandel ausgelöste Umweltkatastrophen wie extreme Dürren oder Überflutungen, werden in Zukunft mehr und mehr Ernten vernichten und die Situation verschärfen. Nahrungsmittelspekulationen heizen dies zusätzlich an und verschlimmern die Hungerkrisen noch weiter.

Für die Stärkung bäuerlicher Strukturen – vor Ort, in Europa und weltweit.

Der beste Garant, Ernährungssicherheit zu gewährleisten, ist die Stabilisierung und Förderung vielfältiger bäuerlicher Strukturen in den Entwicklungsländern. Die europäische Entwicklungshilfe muss diese Strukturen durch ihre Entwicklungspolitik und entsprechende Programme stärken und darf sie nicht konterkarieren. Lebensmittel dort produzieren, wo sie auch gebraucht werden, das muss als Grundprinzip gelten. Nur

so können ausreichende, den Traditionen und Bedingungen angepasste und frische Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Jeder Staat muss das Recht haben, seine eigene Ernährungssouveränität sicherzustellen. Doch gerade in diesem Bereich wurden zu viele Fehler gemacht und allzu oft auf den monokulturellen Anbau von Agrarprodukten für den Export gesetzt. Diese Fehler dürfen wir nicht wiederholen. Die globale Agrar- und Entwicklungspolitik darf nicht unter dem Schlagwort „Ernährungssicherheit“ zum Erfüllungsgehilfen für die Etablierung agrarindustrieller Monokulturen und Strukturen in den Entwicklungsländern werden.

Wenn die Ernährungssicherheit, besser aber die Ernährungssouveränität, einen so hohen Stellenwert bekommen soll, muss dies im Sinne der Politikkohärenz auch Folgen für andere EU-Politiken, für EU-Handelsabkommen sowie für das Handeln der Kommission gegenüber der WTO haben. Dann dürfen Maßnahmen, die die Preisstabilität zum Zwecke der Ernährungssicherheit zum Ziel haben, nicht als handelsverzerrende Unterstützung definiert werden. Dazu gehören sowohl die Einrichtung von Nahrungsmittelreserven als auch die Möglichkeit für Entwicklungsländer, ihre Nahrungsmittelbinnenmärkte im Sinne der Ernährungssouveränität vor der Volatilität der Märkte zu schützen, indem sie Mengen und Preise von Importen regulieren. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um die eigenen Bäuerinnen und Bauern vor Dumpingimporten zu schützen und würde auch dazu beitragen, Nahrungsmittelspekulationen einzudämmen, die maßgeblich zu den Ernährungskrisen der letzten Jahre beigetragen haben.

Ein weiterer Baustein für Ernährungssouveränität ist das Recht auf Zugang zu Land, zu Wasser, zu Saatgut sowie zu weiteren Produktionsmitteln. Das ist in vielen Ländern für die Bäuerinnen und Bauern keine Selbstverständlichkeit. Fehlende Rechtsicherheit wenn es um eingetragene Eigentumsrechte von Land geht, schränken die traditionellen Nutzer stark ein. Ein Mangel an Brunnen und Wasserstellen, an regional angepasstes Saatgut erschweren zusätzlich bäuerliches Wirtschaften. Fehlende Bildung und Ausbildung, zu wenig Beratung und Forschung, die örtliches Wissen mit einbindet, hemmen die Entwicklung von regional angepassten Anbaumethoden und Ertragssteigerungen. Wenn dann noch durch „Land Grabbing“ systematisch Flächen aufgekauft werden, werden die Lebensgrundlagen der Bevölkerung völlig zum Spielball großer Investoren.

Dazu kommt die Exportorientierung der Europäischen Landwirtschaft, insbesondere die Tiermast, die zusätzlich Flächen aus anderen Weltregionen in Anspruch nimmt. In vielen Entwicklungsländern werden statt Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung, eiweißhaltige Futtermittel für den Export angebaut werden. Der Anbau dieser Futtermittel wird nicht in kleinbäuerlichen oder traditionellen Strukturen sondern durch große, agrarindustriell ausgerichtete Landwirtschaft realisiert. Daran hat sich durch die Agrarreform nichts geändert. Exportsubventionen sind niedrig momentan aber es gibt sie immer noch. Die Kommission hat sogar erklärt, dass sie nicht zögern würde sie zur Bewältigung von Krisen einzusetzen (Beispiel: russisches Embargo). Dadurch brechen die lokalen Märkte zusammen und diese Politik verschärft die weltweite Hungerkrise und trägt zu Landgrabbing und zur Abholzung der Regenwälder bei. Verschärft wird dies auch noch durch die EU-Handelspolitik, die auf eine Öffnung der Märkte für europäische Lebensmittel und Agrarprodukte hinarbeitet. Die europäische Lebensmittelindustrie drängt mit Milch- und Fleischprodukten sowie

zunehmend mit hochverarbeiteten Produkten wie süßem Gebäck oder Tütensuppen auf die Märkte der Entwicklungsländer und setzt damit die traditionellen Ernährungsgewohnheiten und die kleinbäuerlichen Strukturen weiter unter Druck. Doch gerade der Erhalt dieser kleinbäuerlichen, oft in festen Dorfgemeinschaften organisierten Strukturen ist in vielen Entwicklungsländern ein Garant für eine stabile Versorgung mit regional und kulturell angepassten Lebensmitteln. Ihr Erhalt verhindert zudem Landflucht, die eine der Hauptursachen für die wachsenden Elendsquartiere in den großen Städten der Entwicklungsländer ist.

Gerade in den Handelsabkommen mit Entwicklungsländern müssen wir auf sozial-ökologische Standards für landwirtschaftliche Produkte drängen. Agrarprodukte, die durch soziales und ökologisches Dumping günstig auf den europäischen Markt geworfen werden können, dürfen nicht weiter leichtes Spiel haben. Umgekehrt darf auch die Europäische Agrarpolitik durch Dumping keine kleinbäuerlichen Strukturen in Entwicklungsländern gefährden.

Die Europäische Agrarpolitik: Gestaltungsspielräume nutzen und an 2020 denken

Wie oben bereits geschildert, sorgt die europäische Agrarpolitik dort, wo sie einseitig auf den Export ausgerichtet ist, für massive globale Probleme. Wir müssen auch hier in Europa weiter an einer nachhaltigen Landwirtschaft arbeiten, statt wie bisher das Modell „Wachsen oder Weichen“ auch noch durch die Europäische Agrarpolitik weiter zu fördern. Mit der Neufassung der Europäischen Agrarpolitik wurden zwar einige Grundsteine für einen Agrarwende gelegt, doch ihre Ausgestaltung ist entweder zu schwach, wie bei den Maßnahmen zum Greening, oder wurde in die Hände der Mitgliedstaaten gelegt, wie bei den Direktzahlungen und der ländlichen Entwicklung. Die GAP Reform hat den kleinbäuerlichen Betrieben die Verwaltungsarbeit erleichtert, das ist alles. Wir brauchen einen integralen Ansatz für die ländliche Entwicklung, Maßnahmen für die kleinbäuerlichen Betriebe, in Verbindung mit kurzen Lebensmittelketten, Direktvermarktung und kooperativer Zusammenarbeit. Doch wird dies in den Mitgliedstaaten viel zu wenig ausgeschöpft. Die Veränderungen werden so gering wie möglich gehalten.

Die Weltmarktstrategie der EU ist durch die Reform nicht in Frage gestellt worden und so wird es auch eine weitere Liberalisierung der Märkte geben. Die Milchviehbetriebe hier in Europa werden das mit dem Fall der Milchquote am 30. März 2015 deutlich zu spüren bekommen. Im Agrarausschuss werde ich mich mit der Entwicklung des Milchmarktes beschäftigen. Viele Betriebe versuchen sich durch eine Ausweitung ihrer Milchproduktion abzusichern. Die Milchmengen am Markt steigen kontinuierlich an und die Preise sind seit Frühjahr 2014 in mehreren Schritten schon vor der Grenzschießung Russlands für Milchprodukte gesunken – der Milchmarkt steht unter Druck. Eine solche Entwicklung war in der Schweiz zu sehen, die die Milchquote bereits 2009 abgeschafft hatte. Die Deregulierung des Milchmarktes hat in der Schweiz zu einem Verfall der Milchpreise sowie zu einer weiteren Marktkonzentration auf Seiten der milchverarbeitenden Industrie geführt, viele Bauern sind aus der Milchproduktion ausgestiegen. Das Sicherheitsnetz der Europäischen Union ist zu schwach, um eine vielfältige Milchproduktion in der EU zu erhalten. Hierfür eine Ausrichtung der Milchproduktion auf den europäischen Markt zu kämpfen wird ein wichtiger Schwerpunkt für mich sein. Eine weitere Aufgabe wird die Neufassung der Regelung zur

Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen sein. Zwar ist geplant, dass die Nationalstaaten Anbauverbote erlassen können. Es ist jedoch zu befürchten, dass die geplanten Opt-Out-Regelungen keineswegs rechtssicher gefasst werden. Im Zweifelsfall könnten die Mitgliedstaaten von den Gentechnik-Konzernen vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden. Auch die geplante Erleichterung von Zulassung schafft mehr Probleme als sie löst. Samen machen vor Grenzen nicht halt. Die Ko-Existenz von gentechnikfreier und GVO-Landwirtschaft ist eine Illusion. Die EU hat die Pflicht, Zulassungsverfahren zu installieren die den Bedürfnissen gentechnikfrei wirtschaftender Betriebe genauso gerecht wird wie gesundheitlichen Anforderungen und allen anderen umweltrelevanten Fragen. Gemeinsam mit meinen KollegInnen der grünen Fraktion werde ich mich gegen eine erleichterte Zulassung stemmen und für eine gentechnikfreie Landwirtschaft eintreten. Hier werden wir eng mit NGOs aus dem Umwelt- und Landwirtschaftsbereich zusammenarbeiten.

1997 hat die EU ganz offiziell ihre Ziele zur gemeinsamen Agrarpolitik so formuliert: Es soll das Europäische Agrarmodell eine multifunktionalen Landwirtschaft sein mit dem Anspruch:

„Sowohl verschiedene Standorte, Betriebsstrukturen und Ausprägungen innerhalb der europäischen Landwirtschaft gleichberechtigt anzuerkennen und zu berücksichtigen, als auch die vielfältigen positiven Wirkungen, die mit bestimmten bäuerlichen Wirtschaftsweisen verbunden sind, zu erhalten bzw. negative Auswirkungen, die mit anderen landwirtschaftlichen Wirtschaftsweisen verbunden sind, zu minimieren.“

Die GAP Reform war nicht erfolgreich was diesen selbst gesetzten Anspruch in Bezug auf Klima, Umwelt und kleinbäuerliche Wirtschaftsweise anbelangt.

Diese Ziele jedoch sind noch immer richtig und nehmen vor dem Hintergrund von Klimawandel und Umweltproblemen, zunehmender Armut und Krisengebiete an Bedeutung zu.

Der von den Vereinten Nationen in Auftrag gegebene Weltagrarbericht belegt es ganz deutlich: „Ein weiter wie bisher ist keine Option!“ Es müssen neue Wege beschritten werden, denn nur eine multifunktionale Landwirtschaft in all ihren unterschiedlichen Ausprägungen ist den großen Problemen und Herausforderungen gewachsen. Ausreichend und gesunde Nahrung für alle Menschen, heute und für künftige Generationen zu Verfügung zu stellen ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Diesem Anspruch ein Stück näher zu kommen, daran werde ich die nächsten 5 Jahre arbeiten.